Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Vollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver. Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver. **Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.**

Nr. 22 | Anzeigenpreis: für 1mm Höhe, (34 mm breit) 6 Goldpfennig, für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennig Reklame 40 Goldpfennig, — Offertgebüren 10 Goldpfennig und Porto. — | Halver Donnerstag, den 27. Januar | Erscheint wöchentlich 6 mal Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild", „Des Landmanns Sonntagsblatt" und „Herd und Scholle" | 1927

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Verhandlungen über die Regierungsbildung haben weitere Fortschritte gemacht.

* In den Tagen vom 3. bis 11. Februar wird die neue Reichsanleihe im Betrage von 500 Millionen Reichsmark zu einem Kurse von 92 % aufgelegt.

* Der im Berliner Untersuchungsgefängnis an Grippe erkrankte Iwan Kutisker ist wegen bestehender Lebensgefahr aus der Haft entlassen worden.

* Wegen der Ausweisung von vier Deutschen aus Ostoberschlesien soll der deutsche Gesandte in Warschau diplomatische Schritte bei der polnischen Regierung unternehmen.

Vorsicht!

Von einem finanztechnischen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Die Börse in den maßgebenden Hauptstädten ist zurzeit von einer nachgerade etwas unheimlich anmutenden Hoffnungsfreudigkeit beseelt, welche die Aktienkurse immer höher und höher treibt. Es fehlt dabei nicht an Warnungen; aber das Publikum achtet nicht darauf, glaubt vielmehr trotz einiger leichten Rückschläge an eine Fortsetzung der Hausse und hält derart fest an seinem Effektenbesitz, daß Materialmangel an der Börse schon eine ganz gewöhnliche Erscheinung ist. Neuausgaben von Aktien, die auf den Markt kommen, sind im Handumdrehen untergebracht, und ein Papier, das „Junge kriegt", erlebt heftigste Kurssteigerungen. Mehr denn je ist die Börse ein fruchtbarer Boden für alle möglichen Gerüchte; bald sollen sich Vorgänge wirtschaftlich bedeutungsvoller Art auf dem Gebiet der Schwerindustrie abspielen, bald munkelt man von neuen Verbindungen inländischer Unternehmungen mit ausländischen Konzernen, bald geben Geschäfte der Banken Stoff zu neuen Haussen. Wer dabei wirklich gewinnt, ist die Spekulation, die gewissenhaft alle paar Tage die erzielten Gewinne hereinnimmt, um dann ihr Interesse einem anderen, bisher etwas vernachlässigten Gebiet zuzuwenden, während das Privatpublikum in sehr beschränktem Maße diesen Manövern nachfolgt.

Es kann aber über Nacht alles ganz anders aussehen! Die Kurse haben eine derartige Höhe erreicht, daß sie vielfach über den inneren Wert der Aktien hinausgegangen sind. Gewiß gäbe die derzeitige wirtschaftliche Lage dazu keine unmittelbare Veranlassung und dem innenpolitischen Wirrsal steht die Börse außerordentlich interesselos gegenüber, besonders, da es sich dabei in der Hauptsache um Dinge handelt, die mit der Wirtschaft wenig zu tun haben. Die Herabsetzung des Diskonts der Reichsbank ist fast ohne jeden Einfluß geblieben; das hat sich am deutlichsten Mitte des Monats gezeigt, wo das Geld genau so flüssig war wie bisher. Der Strom namentlich des ausländischen Geldes konnte auch deswegen nicht eingedämmt werden, weil auch London dem deutschen Vorgehen folgt.

Vielleicht hat die Börsenhausse eine wirtschaftliche Entwicklung vorweggenommen, die erst in ihren Anfängen steht oder höchstens die Hälfte des Weges zurückgelegt hat. Man glaubt aber an der Börse, daß die allmähliche Durchrationalisierung der deutschen Wirtschaft ihre Früchte trägt. Die größten Kredithindernisse hierfür sind im allgemeinen überwunden und es bedeutet selbst inmitten des rosenroten Optimismus eine Sensation, als bekannt wurde, daß die neue große Reichsanleihe von 500 Millionen zu einem Zinsfuß von nur 5 % erfolgen soll. Damit wären wir wieder zu Kreditbedingungen — allerdings vorerst nur bei öffentlichen Anleihen — gekommen, die sich ungefähr mit denen der Vorkriegszeit zu decken beginnen.

Gerade aber die Übersteigerung der Aktienkurse kann über Nacht zu einem radikalen Umschwung führen, trotz aller Sensationen und Anstöße von außen her, die für eine Fortsetzung der Hausse sprechen. Das Börsenpublikum ist im allgemeinen allzu vergeßlich: schon mehrfach haben wir gänzlich unmotivierte, aber sehr gründliche Änderungen in der Börsenlage erfahren, die rein spekulativen Ursprungs sind. Die Hereinnahme des Gewinnes lockt eben allzusehr und dann folgt die große „Bereinigung" auf Kosten des Privatpublikums.

Nun ist ja schon damit zu rechnen, daß die Geldflüssigkeit, dieser wichtigste Anstoß, sich mit dem beginnenden Frühjahr doch wohl stark vermindern wird, weil erfahrungsgemäß dann erhebliche Anforderungen an den Geldmarkt aus wirtschaftlichen Gründen herantreten. Kommt eine weitere Wirtschaftsbelebung im ganzen dazu, dann wird die Geldflüssigkeit sich noch mehr vermindern — aber derartiges pflegt die Spekulation vorweg zunehmen. Es wäre bedauerlich, wenn dann das Privatpublikum zum Opfer fiele, das besser daran täte, gleichfalls seine Gewinne hereinzunehmen und sie in festverzinslichen Werten anzulegen. Das brächte nicht nur eine äußere Bereinigung der Börse, sondern würde auch die Aktienkurse auf ein innerlich berechtigteres Maß herunterdrücken.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Schaffung von Reichsprovinzen?

Auf der Tagung des Republikanischen Reichsbundes machte Oberbürgermeister Luppe-Nürnberg Mitteilung von Anträgen, die in demokratischen Kreisen verbreitet werden und die dahin gehen, eine Änderung der Reichsverfassung herbeizuführen in dem Sinne, daß Länder in unmittelbare Reichsverwaltung übertreten könnten. Diese Länder sollen dann als Reichsprovinzen ihre bisherigen Reichsratsstimmen behalten können.

Eine 500-Millionen-Reichsanleihe

Die neue Reichsanleihe aufgelegt.

Die Gründe des Reichsfinanzministers.

Der geschäftsführende Reichsfinanzminister Dr. Reinhold hat in Anbetracht der befriedigenden Lage des Geldmarktes beschlossen, einen Betrag von 500 Millionen Reichsmark 5 %iger deutscher Reichsanleihe zu begeben. Von diesem werden 300 Millionen Reichsmark von einem unter Führung der Reichsbank stehenden Konsortium von deutschen Banken und Bankfirmen übernommen, die restlichen 200 Millionen Reichsmark sind zum weitaus größten Teil bereits fest mit vorläufiger Sperrverpflichtung untergebracht. Die Anleihe ist bis 1934 untilgbar, von da ab erfolgt die Tilgung innerhalb 25 Jahren durch Auslosung zum Nennwert. Die Zeichnung findet zum Kurse von 92 % in den Tagen vom 3.—11. Februar statt.

Die neue Reichsanleihe ist die erste innerdeutsche Reichsanleihe seit der Stabilisierung der Währung. Reichsfinanzminister Dr. Reinhold gab Pressevertretern gegenüber eine Begründung dafür, warum das Reich gerade im jetzigen Augenblick diese Anleihe auf den Markt bringt. Dr. Reinhold weist darauf hin, daß die Gründe nicht etwa in einem plötzlich aufgetretenen unerwarteten Geldbedarf des Reiches liegen. Das Reich hat bekanntlich dem Reichsfinanzminister schon eine Anleiheermächtigung von 900 Millionen Mark gegeben. Eine weitere Anleiheermächtigung für den Betrag von 500 Millionen Mark soll folgen, eine Summe, die dem Bedarf des Reiches für 1927 entspricht. Da Industrie und Handel nach Ansicht des Ministers in künftiger Zeit große Anforderungen an den Geldmarkt stellen werden, war es wünschenswert, daß die Abschöpfung des Geldmarktes durch eine Reichsanleihe nicht tropfenweise geschehe, sondern im jetzt günstigen Augenblick mit einem Schlag erfolge.

Dr. Reinhold wies weiter darauf hin, daß das Reich vom Auslande her vielfach Anerbietungen für die Aufnahme einer Anleihe zu 7 % erhalten habe, daß das Reich aber solange wartete, bis es die jetzt günstigen Bedingungen auf dem heimischen Geldmarkt fand. Dem Reich und dem Steuerzahler sei damit viel Geld erspart worden. Minister Dr. Reinhold ist der Überzeugung, daß sowohl für die Landwirtschaft als auch für den Hausbau die bisherigen Wohnzinssätze äußerst hindernd gewirkt haben. Deutschland brauche einen Zinssatz, der sich in einer Höhe bewegt, daß mit ihm wieder rationell gearbeitet werden könne. Deshalb sei bei der jetzt abgeschlossenen Anleihe ausschlaggebend der Zinssatz von 5 % gewesen. Dr. Reinhold glaubt, damit eine neue Grundlage für den künftigen allgemeinen Zinssatz geschaffen zu haben.

Wie weiter bekannt wird, sind die mit vorläufiger Sperrfrist untergebrachten 200 Millionen der Anleihe von der Reichsbahn und der Reichspost übernommen worden. Ob später auch dieser Teil der Anleihe auf den offenen Markt gebracht werden wird, steht noch nicht fest.

Die Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms.

Eine Denkschrift über die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Reichsregierung, die dem Reichstag zugegangen ist, gibt einen Überblick über die Durchführung des Programms. Die Abwicklung bei der Reichsbahn und auch bei der Reichspost entwickelt sich günstig. Schwieriger ist die Durchführung der Wasserstraßenbauten. Die Arbeiten sind zum Teil jetzt aufgenommen. Die Maßnahmen zur Förderung des Wohnungsbaues haben eine zunehmende Belebung dieses Marktes gebracht. Für den Bau von Landarbeiterwohnungen ist eine Sonderaktion eingeleitet worden. Zur Exportförderung hat das Reich bisher die Ausfallbürgschaft für Verträge im Gesamtbetrag von rund 130 Millionen Mark übernommen. Die Belebung der Wirtschaft hat zu einer ständigen Bewegung der Arbeitsuchenden auf dem Arbeitsmarkt geführt. Die Verschlechterung, die seit dem 1. Dezember 1926 eintrat, wurde erwartet und ist auf die Einstellung der landwirtschaftlichen Arbeiten und der Außenarbeiten im Baugewerbe zurückzuführen. Sie wird bis Ende Januar anhalten. Man erwartet aber, daß man auch diesen Rückschlag zum mindesten mildern kann.

Norwegen.

× **Norwegen wird wieder feucht.** Norwegen will jetzt dem Ergebnis der Volksabstimmung Rechnung tragen, die im vorigen Jahr gezeigt hat, daß die Befürworter des vollständigen Alkoholverbots, der Trockenlegung, in der Minderheit sind. Dem norwegischen Parlament ist ein Gesetz über Verkauf und Ausschank von Branntwein und anderen alkoholischen Getränken vorgelegt. Danach kann jede über 21 Jahre alte Person, die sich darüber ausweisen kann, daß ihr nicht aus irgendeinem Grunde dieses Recht entzogen worden ist, Branntwein kaufen. Die Menge ist unbeschränkt, aber jeder kann nur an einer einzigen Stelle kaufen. In Gastwirtschaften erhält man Alkohol auch ohne Karte.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Reichspräsident von Hindenburg empfing den preußischen Ministerpräsidenten Braun.

Berlin. Der Berliner Korrespondent des „Manchester Guardian" stellt die Behauptung auf, es geschehe alles, um Veröffentlichungen weiteren Materials über die Reichswehr und Rußland zu verhindern, und zu diesem Zweck würden in Deutschland Überwachungsmaßnahmen getroffen, die das Überhören von Telephongesprächen und das Öffnen von Privatbriefen in sich schlössen. Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, sind diese Behauptungen völlig aus der Luft gegriffen.

Genf. Die Sowjetregierung hat die Einladung des Völkerbundrates zur Beschickung der Weltwirtschaftskonferenz abgelehnt.

Paris. Wie die Agentur Havas berichtet, verlaufen die Verhandlungen bezüglich der deutschen Ostfestungen normal. Man hoffe, noch vor dem 31. Januar zu einem Ergebnis zu kommen.

Paris. Unter Spionageverdacht wurde eine Frau namens Madeleine Barbet, genannt Sonja, in Paris verhaftet. Es soll sich um eine wichtige Angelegenheit handeln.

Paris. Ricciotti Garibaldi läßt erklären, daß er gegen das gegen ihn erlassene Urteil keine Berufung einlegen wird. Im übrigen haben diejenigen Mitglieder der Familie Garibaldi, denen der Orden der Ehrenlegion verliehen worden war, diese Auszeichnungen an den Präsidenten der Republik zurückgeschickt.

Paris. Nach einer Meldung der „Liberté" aus London wird das Ergebnis der Besprechung Churchills mit Mussolini und Volpi wegen Gewährung einer 50-Millionen-Pfund-Anleihe an Italien als Gegenleistung einer Verminderung der italienischen Aktivität auf dem Balkan erwartet.

Deutscher Reichstag.

(359. Sitzung.) CB. Berlin, 25. Januar.

Die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Grundschulen wurde von der Tagesordnung abgesetzt, weil die Vorlage zu spät eingegangen ist. Es folgte die zweite Beratung eines Gesetzentwurfes, der von der Wirtschaftlichen Vereinigung eingebracht ist zur Änderung des Gesetzes über den Verkehr mit Vieh und Fleisch. Die Vorlage bestimmt u. a., daß der Handel mit Fleisch und Fleischwaren im Umherziehen verboten ist, ebenso der Verkauf von erkennbar trächtigen Tieren zum Schlachten. Der volkswirtschaftliche Ausschuß fordert Ablehnung des Antrages.

Abg. Drewitz (Wirtsch. Vgg.) trat für den Antrag ein. Das bestehende Gesetz sei eine Zwangsjacke für das Fleischergewerbe. Es bedürfe der Abänderung im Interesse einer Erleichterung des Verkehrs. Der Antrag wurde abgelehnt.

Dann wurde in zweiter Beratung das Gesetz zur Abänderung der Gewerbeordnung beraten, worin die Einstellung einer Erlaubnispflicht für die Wach- und Schließgesellschaften gefordert wird. Der Ausschuß empfiehlt, den Namen in Wachgewerbe umzuändern und verlangt in einer Entschließung ein Gesetz über Konzessionierung des Detektivpersonals.

Abg. Rädel (Komm.) begründete einen Antrag, der verlangt, daß die Wach- und Schließgesellschaften ihr Personal ausschließlich von den öffentlichen Arbeitsnachweisen zu entnehmen haben. Der Antrag wurde abgelehnt und das Gesetz in zweiter und dritter Lesung in der Ausschußfassung endgültig angenommen.

In zweiter Lesung wurde dann der von den Kommunisten beantragte Gesetzentwurf zum Schutz von Mutter und Kind beraten, der neben Fürsorgemaßnahmen für schwangere Mütter und Säuglinge auch die Straflosigkeit der Abtreibung vorsieht. Der Ausschuß, der die Vorlage ablehnte, ersucht jedoch in einer Entschließung die Regierung, eine Denkschrift über den Stand des staatlichen Mutterschutzes und einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die notwendigen Einrichtungen zum Schutz von Mutter und Kind auf einer Gesamtrechtsgrundlage vorsieht.

Abg. Frau Nemetz (Soz.) trat für eine schleunige und gründliche Ausdehnung der staatlichen Fürsorgemaßnahmen in dieser Beziehung ein.

Abg. Frau Dr. Lüders (Dem.) betonte die Notwendigkeit verstärkter Fürsorge. Abg. Frau Neuhaus (Ztr.) erinnerte an die umfangreiche Tätigkeit der Wohlfahrtsverbände. Abg. Frau Arendsee (Komm.) lehnte die private Fürsorge als unzulänglich ab. Abg. Frau Agnes (Soz.) will die Angelegenheit noch einmal vom Ausschuß behandeln lassen. Abg. Frau Matz (D. Vp.) sprach sich gegen den Ausschußantrag, soweit er ein neues Fürsorgegesetz verlangt, aus.

Das Haus nahm in der Abstimmung von dem Ausschußantrag nur den Teil an, der von der Regierung die Vorlegung einer Denkschrift verlangt. Dagegen wurde der geforderte Gesetzentwurf gegen die Stimmen der Demokraten, Sozialisten und Kommunisten abgelehnt. Hierauf wurde ein Antrag des Ausschusses für Ostfragen angenommen, worin die Regierung ersucht wird, auf die Reichsbahn dahin einzuwirken, daß sie die durch die neue Grenzführung im Osten notwendig gewordenen Bahnbauten in Angriff nehmen möge.

Darauf vertagte sich das Haus auf Mittwoch.

Preußischer Landtag.

(243. Sitzung.) tt. Berlin, 25. Januar.

Das Haus setzt die Aussprache zum Wohlfahrtshaushalt beim Abschnitt „Allgemeine Volkswohlfahrt" fort.

Abg. Benscheid (Komm.) erklärt, in den Jugendfürsorgeanstalten würden gesunde Menschen seelisch und körperlich vernichtet.

Frau Abg. Dönhoff (Dem.) tritt dem Vorredner entgegen; die kommunistische Einwirkung dürfe nicht zu weit gehen. Die Rednerin fordert weiter Stärkung des weiblichen Einflusses in der Mitarbeit bei der Volkswohlfahrt.

Abg. Häse-Wiesbaden (Soz.) wünscht, daß bei Notstandsarbeiten Straßenbauten besonders im Westen durchgeführt werden. Das Gesetz für die Krisenfürsorge müsse verlängert, die Pflichtarbeit beseitigt werden.

Abg. Kloft-Essen (Ztr.) bedauert, daß im diesmaligen Wohlfahrtstetat keine Mittel für die Erwerbslosenfürsorge eingesetzt seien.

Nach einer Bemerkung von kommunistischer Seite schließt die allgemeine Aussprache und es folgt der dritte Teil des Wohlfahrtsetats:

Wohnungs- und Siedlungswesen.

In Beantwortung Großer Anfragen teilt der Wohlfahrtsminister Hirtsiefer mit, daß Wohnungsneubauten nach den bestehenden Gesetzen für fünf Jahre von der Grundvermögensteuer befreit seien. Eine Ausdehnung dieser Frist

auf zehn Jahre halte die Regierung für bedenklich. Der Minister gibt einen Überblick über die bisherige Errichtung von Wohnungen. Die gesetzliche Miete, die zurzeit 100 % der Friedensmiete beträgt, darf nach der reichsgesetzlichen Vorschrift bis zum 31. März 1927 nicht überschritten werden. Im übrigen setzt die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrats nach den neuesten Bestimmungen die Mindesthöhe der gesetzlichen Miete im Reiche einheitlich fest, während bisher die Höchstmiete bestimmt wurde. Eine ausschlaggebende Senkung der Neubaumieten bzw. eine Angleichung an die Altmieten kann jedoch erst eintreten, wenn es gelingt, die Baukosten im Wohnungsbau wesentlich zu vermindern. Der Minister verteidigt die Verordnung über die Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft.

Abg. Lüdemann (Soz.) erklärt, die Verordnung über die Lockerung der Zwangswirtschaft habe große Freude bei der Wirtschaftspartei gefunden. Der Minister muß dafür sorgen, daß jeder Deutsche über eine angemessene Wohnung zu angemessenen Preisen verfügen kann.

Abg. Sonnenschein (Dtn.) billigt die Ausführungen des Ministers. Seine Partei sei aber gegen jede Erhöhung der Hauszinssteuer und ihre Stabilisierung.

Abg. **Köthenburger** (Ztr.) wünscht, daß jeder in seinem eigenen Häuschen wohnen könnte.

Abg. Dr. **Grundmann** (D. Vp.) verlangt eine größere Karenzzeit für Kündigungen und sonstige Milderungen.

Abg. **Heym** (Komm.) bezeichnet den Minister als Vertreter des Hauskapitals.

Abg. **Hoff** (Dem.) verlangt die Aufhebung der Verordnung über die Befreiung der Gewerberäume von der Zwangswirtschaft.

Darauf vertagt sich das Haus auf Mittwoch.

Dr. Marx' Verhandlungen.

Liberale Bedenken.

Die Verhandlungen des geschäftsführenden Reichskanzlers mit den deutschnationalen Unterhändlern sind am Dienstag fortgesetzt worden. Gegenstand der Besprechungen war einerseits der sachliche Inhalt des Regierungsprogramms der kommenden Regierung, und zwar auf Grund der inzwischen erfolgten Stellungnahme der deutschnationalen Reichstagsfraktion, andererseits die Frage der Ministerposten. Bei den sachlichen Erörterungen sind weitere Fortschritte erzielt worden, auch in der Frage der Ministerposten steht eine Einigung bevor. Wie es heißt, sollen von deutschnationaler Seite drei Ministerien in der neuen Reichsregierung gefordert werden, und zwar verlangen die Deutschnationalen das Ministerium des Innern, das Justizministerium und das Reichsernährungsministerium.

In volksparteilichen und liberalen Kreisen wird neuerdings der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß durch die neue Verbindung zwischen den Deutschnationalen und dem Zentrum eine antiliberale Einwirkung in der Schul- und Kirchenfrage zu befürchten sei. Der Vorstand der Liberalen Vereinigung hat eine Mitteilung veröffentlicht, in der „die Aufmerksamkeit aller liberalen Kreise auf diese dem freien deutschen Geistesleben drohende Gefahr hingelenkt wird und auf eine einheitliche Abwehrfront hingearbeitet werden soll".

Ein deutscher Protest in Polen.

Gegen die Ausweisung deutscher Beamter.

Das Auswärtige Amt in Berlin hat den deutschen Gesandten in Warschau angewiesen, bei der polnischen Regierung diplomatische Schritte wegen der vor einigen Tagen von Polen angeordneten Ausweisung von vier Beamten der oberschlesischen Kleinbahngesellschaft zu erheben. Der deutsche Vertreter soll darauf hinweisen, daß die in Gang befindlichen Verhandlungen über den deutsch-polnischen Handelsvertrag und über das Niederlassungsrecht durch das polnische Vorgehen außerordentlich gefährdet seien.

Dieser diplomatische Schritt Deutschlands ist unternommen worden, nachdem Vorstellungen des deutschen Generalkonsuls in Kattowitz bei dem polnischen Woiwoden völlig ergebnislos verlaufen sind. Der polnische Woiwode hat lediglich die Antwort erteilt, daß die ausgewiesenen Deutschen, die übrigens schon mehrere Jahre in Ostoberschlesien tätig sind, der polnischen Verwaltung lästig gefallen seien.

Die ungünstige letzte Ernte.

Endgültige Zahlen.

Nach den endgültigen Schätzungen haben die Erträge der deutschen Ernte für 1926 den Erwartungen nicht entsprochen. Schuld daran waren die ungünstigen Witterungsverhältnisse des vergangenen Sommers.

Bemerkenswert ist im Vergleich zur Ernte von 1925 in erster Linie das starke Zurückbleiben der neuen Brotgetreideernte, die sich um 2.3 Millionen Tonnen (20 %) niedriger stellt als im Vorjahre, darunter allein um 1,66 Millionen Tonnen (20,6 %) an Roggen und um 646 000 Tonnen (19,2 %) an Weizen. Ergiebiger als an Brotgetreide ist die neue Ernte an Futtergetreide ausgefallen, namentlich an Hafer, bei dem sich ein Mehrertrag gegenüber 1925 um rund 740 000 Tonnen (13 %) ergibt. Dagegen weist die Ernte an Hackfrüchten ein Minderergebnis auf, vor allem an Kartoffeln, deren Gesamtertrag um 11,69 Millionen Tonnen (28 %) hinter den vorjährigen Ergebnissen zurückbleibt. Mit einem durchschnittlichen Hektarertrag von nur 108,8 Doppelzentner stellt sich die neue Kartoffelernte selbst niedriger als in dem unbefriedigenden Kartoffeljahr 1923, obwohl sich die Bestellung inzwischen um 33 000 Hektar vergrößert hat.

Dieser ungünstige Ausfall der Ernte 1926 wurde hauptsächlich durch die Witterungsverhältnisse verursacht. Abgesehen von den Mengenerträgen hat bei den meisten Erzeugnissen auch die Qualität stark unter dem Einfluß des nassen Wetters gelitten, namentlich beim Getreide und den Kartoffeln.

Wirtschaft und Mensch.

Professor Dr. Sombart über die Arbeitsfrage.

Der weitbekannte Gelehrte Geh. Reg.-Rat und außerordentlicher Professor Dr. Sombart sprach in der Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung in Berlin über „Wirtschaft und Mensch".

Dr. Sombart führte u. a. aus, alle Wirtschaft wie überhaupt alle Kultur baue sich aus Seele und Geist auf. Das tierische Dasein sei nur ein leiblich-seelisches, das menschliche dagegen ein leiblich-seelisch-geistiges. Der eigentliche Sinn unseres modernen Wirtschaftslebens sei nichts anderes als eine rasche „Vergeistung" aller wissenschaftlichen Beziehungen, deren Auswirkung der große Rationalisierungsprozeß sei, in dem wir uns heute befänden. Beseelte Betriebe seien heutzutage vielleicht nur noch die Landwirtschaft und das Handwerk. Demgegenüber stehe der Vergeistungsvorgang bei den modernen Betrieben, wo der Arbeiter nicht ein seelisch denkender Mensch, sondern nur eine Nummer, ein seelenloses Glied sei. In einem vergeisteten Betriebe werde der Arbeiter von seinem Werk getrennt und die einzelne Arbeit für die große Masse entseelt, weil bei der Arbeitsleistung nicht mehr die persönliche Entscheidung mitspreche; nur noch eine kleine Minderheit in einem solchen Betriebe leiste noch beseelte Arbeit.

Man beginne, das Problem der Vergeistung des Wirtschaftslebens als das zentrale Problem der modernen Kultur und Gesellschaft zu betrachten. Letzten Endes sei auch die Jugendbewegung nichts als eine Auflehnung gegen die Vergeistung im allgemeinen. Nur eine Möglichkeit gebe es, eine sozusagen „Antigeistbewegung" zu betreiben. Man müsse mehr Zeit für die seelische Lebensbetätigung außerhalb der Berufsarbeit gewinnen. Auch durch die Erhaltung von nichtvergeisteten, „seelsamen" Betrieben wie Landwirtschaft und Handwerk könne man eine Vergeistung eindämmen. Der heutige Bestand an seelsamen Betrieben sei vielleicht größer, als allgemein angenommen werde, und er sei auch für die Zukunft sogar ausdehnbar. Der Redner sprach die Ansicht aus, daß die nächsten Menschenalter von dem Bestreben erfüllt sein werden, die landwirtschaftliche Grundlage zu verbreitern.

Der Barmat-Prozeß.

Sich widersprechende Zeugenaussagen.

§ Berlin, 25. Januar.

In der weiteren Verhandlung wurde Staatsbankpräsident Schröder noch einmal vernommen, da seine Aussagen zum Teil im Widerspruch zu den Aussagen Rugges stehen. Schröder hatte behauptet, nach dem Beschluß des Direktoriums vom 15. Juni, auf Rückzahlung eines Teiles der Kredite zu dringen, habe Geheimrat Rugge erklärt, Barmat könne an diesem Termin überhaupt nichts zahlen. Rugge behauptet dagegen, nichts Derartgies gesagt zu haben. Der Widerspruch wird in der Vernehmung nicht geklärt. Im weiteren Verlauf der Verhandlung wird darüber gesprochen, daß der Schwiegersohn Rugges im Interesse der Staatsbank im Barmat-Konzern tätig war. Rugge behauptet, daß die Berichte seines Schwiegersohnes die Staatsbank in der Überzeugung bestärkt hätten, daß die Kredite abgebaut werden müßten.

Es folgt die Vernehmung des Oberfinanzrats a. D. Dr. Rühe. Auf Befragen des Vorsitzenden gab er zunächst an, daß er an den hauptsächlichsten Krediten für Barmat im Februar-März 1924 insoweit mitgewirkt habe, als sie in der Direktion besprochen worden seien, und daß er auch in der Zinsfrage sich insofern betätigt habe, als Barmat einmal zu ihm gekommen sei, um von ihm eine Zinsermäßigung zu erlangen. Er, Rühe, habe zeitweise Geheimrat Rugge vertreten. Hellwig habe in der Generaldirektion in jenem ersten Vierteljahr viel über die Barmat-Kredite gesprochen, auch über die Gesamthöhe dieser Summen. Er bestätigte weiter den Beschluß der Direktionsleitung im Mai, daß Kredite für Kutisker, Michael und Barmat nicht weiter erhöht, sondern abgebaut werden sollten, nachdem Rugge ihm schon vorher Vorwürfe wegen des Anwachsens der Kutisker-Kredite gemacht hatte. Dr. Rühe bestätigte ferner, daß die Generaldirektion trotz ihres Beschlusses vom 19. Mai Barmat auf einen Wechsel einen weiteren Kredit von 500 000 Mark bewilligt habe.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 27. Januar 1927.

□ **Postkarten nach der Schweiz.** Postkarten nach der Schweiz unterliegen hohen Nachgebühren, wenn sie die für den Auslandsverkehr zugelassene Größe (150 : 105 Millimeter) überschreiten. Die für den innerdeutschen Verkehr bis Ende September 1927 noch zugelassenen Postkarten in den Abmessungen 157 : 107 Millimeter dürfen im Verkehr mit der Schweiz nicht verwendet werden.

—* **Landwirtschaftliche Schule des Kreises Altena.** Einem fühlbaren Bedürfnis wird im Laufe des Jahres abgeholfen werden, indem die landwirtschaftliche Schule von Brügge nach Lüdenscheid verlegt wird. Der Kreis hat zu diesem Zweck die Besitzung der Erben Büren in der Nähe des Schmalspurbahnhofes käuflich erworben. Die erforderlichen baulichen Veränderungen sollen so gefördert werden, daß der Unterricht vom 1. Oktober ab im neuen Heim erteilt werden kann. Der Schritt der maßgebenden Körperschaften ist nur zu begrüßen; denn nunmehr hat die Schule eine derart zentrale Lage, daß sie unter nicht allzu großen Schwierigkeiten von allen Landwirtssöhnen des Kreises erreicht werden kann, was bei der abgelegenen Lage in Brügge nicht der Fall war.

X **Halver,** 26. Jan. Oberregierungs- und Schulrat Frohneberg stattete gestern mittag der Rektoratschule einen kurzen Besuch ab.

& **Halver,** 26. Jan. Einer der wenigen in unserer Gemeinde noch lebenden Mitkämpfer aus Deutschlands großer Zeit 1870-71, Wilh. Peppler zu Eichhofermühle vollendet Donnerstag dieser Woche sein 84. Lebensjahr. Entsprechend dem hohen Alter ist sein Gesundheitszustand ein befriedigender. Wir entbieten ihm unsere besten Wünsche.

*** Oberbrügge,** 26. Jan. In der letzten Generalversammlung des Kaninchenzuchtvereins wurde beschlossen in diesem Jahre wieder ein Kaninchen-Essen stattfinden zu lassen. Es wurde der letzte Samstag im Februar oder der erste Samstag im März festgelegt. Zu diesem Zweck ist eine Kommission gewählt, welche sämtliche Angelegenheiten zu regeln hat. Die erste Kommissionssitzung findet am Samstag, 29. Jan. abends 8 Uhr beim Zuchtkollegen Heinrich Fenge statt.

—x **Schalksmühle,** 26. Jan. Eine gutbesuchte Mitgliederversammlung hielt der Mieter-Verein Schalksmühle am Samstag in dem Lokale des Wirtes Herrn Wilh. Heedfeld ab, welche vom 1. Vorsitzenden eröffnet und geleitet wurde. In seinem Jahresbericht betonte der Vorsitzende, daß er der Versammlung die freudige Mitteilung machen könne, daß sich die Mieterschaft im Laufe des Jahres immer fester zusammengeschlossen hätte, und die Mitgliederzahl in dem hiesigen Verein ständig am steigen sei. Erwähnenswert ist ferner die Arbeit des Vorstandes, der 1926 diese in einer großen Anzahl von Vorstandssitzungen bewältigen mußte. Die Vertretung am Amtsgericht und Mietseinigungsamt waren teils zu Gunsten der Mitglieder in Gestalt von Urteilen oder Vergleichen bis auf zwei. Die seitens des Vorstandes eingerichtete Sprechstunde, die jeden Mittwoch von 6 Uhr ab stattfindet, wurde von den Mitgliedern rege in Anspruch genommen. Berücksichtigt man die große Zahl der angefertigten Schriftstücke, die teils in Eingaben an Behörden, Schriftsätze an Amtsgericht und Mietseinigungsamt oder in sonstigen Angelegenheiten, im Laufe des Jahres angefertigt werden mußten, so muß man dem Vorstand für seine aufopfernde Tätigkeit großen Dank zollen. Auch beschaffte der Vorstand den Mitgliedern billiges Baugelände. Der Kassenbericht konnte nicht gegeben werden, dieses soll in der nächsten Versammlung erfolgen. Der gesamte Vorstand wurde einstimmig

Heimchen.

Roman von Erich Ebenstein.

Copyright by Greiner & Comp., Berlin W 30.

(Nachdruck verboten.)

74. Fortsetzung.

Niedergeschlagen starrte er vor sich hin.

Plötzlich aber warf er den Kopf zurück.

„Nein," rief sie stürmisch, „Sie haben nicht recht! Und das mit der Freundschaft paßt mir nicht, das ist mir viel zu wenig! Frauen haben nur keine Logik, sonst könnten Sie nie zu solchem Trugschluß kommen!"

„Trugschluß? Wieso?"

„Natürlich! Passen Sie doch auf: Natürlich will ich im allgemeinen nicht heiraten..."

„Entschuldigen Sie — man heiratet doch überhaupt nie „im allgemeinen", sondern immer nur im besonderen!"

„Ganz richtig! Und im besonderen will ich ja eben heiraten! Sie will ich doch unbedingt heiraten — nicht weil ich ein „bißchen verliebt" bin, sondern weil ich Sie aus ganzer Seele und mit allen Kräften liebe, so daß ich mir mein Leben ohne Sie überhaupt nicht mehr denken kann! Und nun..."

„So, das wollte ich bloß ausdrücklich aus Ihrem Munde hören," unterbrach ihn Martha lachend, „denn warum sollte ich mir die erste Liebeserklärung in meinem Leben von Ihnen einfach unterschlagen lassen?"

„Und nun sagen Sie auch nicht mehr nein, nicht wahr?"

„Nein, nun sag ich nicht mehr nein," antwortete Martha schalkhaft, „schon darum nicht, weil es mir im Grunde genau so geht wie Ihnen. Ich bin „im allgemeinen" nicht fürs Heiraten, aber in diesem besonderen Fall... kurz: Ja, ich will, weil ich Sie ja auch von Herzen lieb habe!"

Albert Satorys Zimmer wurde an diesem Tag nicht sehr gründlich aufgeräumt, was kein Wunder war, denn Martha hatte heute viel Besseres zu tun: Sie saß neben ihrem Verlobten am Diwan und beide besprachen eifrig eine ganze Menge wichtige Dinge: Wann sie heiraten wollten, wie sie eine passende Wohnung bekommen könnten und in welcher Weise diese eingerichtet werden sollte...

Darüber vergaßen sie alles andere.

Endlich aber erinnerte sich Martha doch, daß es draußen auch noch eine Welt gab, wo die Dinge weitergingen und daß man ihrer wahrscheinlich bedurfte...

Sie gab also Albert noch rasch einen Kuß und schickte sich dann an, das Zimmer zu verlassen.

„Nun sag ich es geschwind noch Mama, damit sie nicht zu sehr erschrickt, wenn du nachher bei ihr um mich anhältst, und dann mache ich mich rasch über meine Apfeltuchen, damit sie recht fein gelingen. Denn essen mußt du heute natürlich bei uns, du!"

Damit verschwand sie eilig.

Als Martha das Vorzimmer durchschritt, klingelte es eben. Sie ging, um zu öffnen, und fand einen unbekannten jungen Menschen draußen, der ihr einen Brief für Fredegild übergab und sich sofort wieder entfernte.

Martha warf einen erstaunten Blick auf den Brief. War das nicht Leo Satorys Handschrift? Komisch... der war doch in Frankfurt, und der Brief trug keine Marke... überhaupt, wie kam Leo Satory dazu, an Fredegild zu schreiben?

Indes war sie zu sehr mit dem großen Ereignis ihres Lebens beschäftigt, um weiter darüber nachzudenken, überbrachte also der Schwester den Brief und eilte dann sofort in die Küche zur Mutter, um dieser ihre Verlobung mitzuteilen.

Denn Frau Korab und Martha hatten gestern nach Serenas Ohnmachtsanfall erklärt, heute unbedingt die Küchenarbeit selbst zu übernehmen. Heimchen dürfe keinen Finger rühren und müsse sich den ganzen Tag nur schonen und pflegen.

Dabei blieben sie auch, obwohl Serena am Morgen erklärte, daß sie sich so frisch und gesund wie nur je zuvor fühle, nachdem sie die ganze Nacht in totenähnlichem Schlaf verbracht habe.

Fredegild erblaßte, als sie den Brief in die Hand nahm. Auch sie sah sofort, daß er unfrankiert war, also nicht durch die Post bestellt worden sein konnte.

Kaum hatte Martha die Tür hinter sich geschlossen, riß sie den Umschlag auf.

Und dann las sie in wachsendem Entsetzen:

„Einzig Geliebte! Als ich Dich gestern verließ — d. h. von Dir mit Gewalt fortgeschickt wurde, besann ich mich erst, daß ich ja gar nicht gleich abreisen kann, da ich mir wichtige Depeschen hierher in den „Blauen Löwen" bestellt habe, die heute im Laufe des Tages einlaufen müssen. Die mußte ich unbedingt abwarten. Ich nahm mir also im „Blauen Löwen" ein Zimmer. Abends war ich dann unten in dem dazugehörigen Kaffeehaus und wurde dort ungewollt Zeuge eines am Nebentisch geführten Gespräches, das mich bis zum Wahnsinn aufregte, denn es beschäftigte sich mit — Dir! Ich habe die ganze Nacht wach gelegen... in einem furchtbaren Seelenzustand! Wenn es wahr wäre! Aber es kann nicht wahr sein... nein, es kann nicht wahr sein... Immerhin: Ich muß mit Dir sprechen. Hörst Du, ich muß! Bei Euch daheim ist es unmöglich der anderen wegen und zu mir ins Hotel zu kommen, kann und will ich Dir natürlich nicht zumuten. Bleibt also nur ein dritter, unverfänglicher Ort und dazu schlage ich Dir die Konditorei in der Märzstraße vor. Stulig heißt die Inhaberin. Es ist gleich anfangs der Straße, ich glaube Nr. 5 oder 7. Man hat dort kleine, abgeschlossene Logen für die Gäste, die gegen Abend fast immer leer sind, so daß wir ganz ungestört sprechen können. Ich erwarte Dich bestimmt um halb sechs dort. Glaube aber nicht, daß ich eine Ausrede oder Absage ruhig hinnehmen würde! Versuchtest Du etwas Derartiges, so sei überzeugt, daß ich es als Schuldbeweis auffassen und — die Konsequenzen ziehen würde. Was dann geschähe, falle auf Dein Haupt.

Leo Satory."

Fredegild war vor Schreck wie gelähmt. In tollem Wirbel kreisten die Gedanken durch ihren Kopf.

Wenn sie nur wüßte, was er gehört hatte! Natürlich mußte sie hin... mußte ihn beschwichtigen...

Aber nein, das war ja unmöglich. Um fünf Uhr heute nachmittag wollte sie ja Königsreiter abholen, weil sie zum Pfarrer mußten, der sie erwartete.

(Fortsetzung folgt.)

Drama auf hoher See.

Eine ganze Schiffsmannschaft getötet?

Nach einem Bericht aus Oslo soll ein deutscher Matrose, der im Herbst vorigen Jahres in einem Krankenhaus in Norwegen gestorben ist, auf dem Sterbebett bekannt haben, daß er zusammen mit der Besatzung eines deutschen Schmuggelfahrzeugs die Mannschaft des Seehundfängers „Ißtjernen" aus Helö getötet habe. „Ißtjernen" fuhr am 29. Dezember 1924 mit acht Mann Besatzung von Helö nach Aalesund, wurde jedoch am Tage darauf auf Harö, einige Meilen nördlich von Aalesund, von der Besatzung verlassen gefunden. Wie der deutsche Matrose erzählt hat, hatten die deutschen Schmuggler den Norwegern Alkohol verkaufen wollen, dabei entstand ein Streit an Bord des deutschen Fahrzeuges. Er endigte damit, daß die Deutschen sämtliche Norweger über Bord warfen. Darauf gingen die Deutschen an Bord des norwegischen Fahrzeuges, deckten den Tisch und zündeten die Lampen an, damit es aussehen sollte, als ob die Besatzung plötzlich das Schiff verlassen habe.

Man wird die Bestätigung dieser etwas romanmäßig klingenden Nachricht abzuwarten haben.

Schlußdienst.

Vermischte Drahtnachrichten vom 25. Januar.

Dr. Stresemann über den Auswärtigen Etat.

Berlin. Im Haushaltsausschuß des Reichstages ergriff bei Beratung des Haushalts des Auswärtigen Amtes Reichsminister Dr. Stresemann das Wort und führte u. a. aus, die politische Vertretung dürfe gegenüber der wirtschaftlichen im Auswärtigen Amt nicht zurücktreten. Andererseits hätten wir mit manchen Ländern in erster Linie wirtschaftliche Fragen zu bereinigen und die Gesandten in diesen Ländern müßten mit richtigen Augen auch unsere wirtschaftlichen Interessen beobachten. Die Repräsentationsverpflichtungen seien in Berlin so hoch, daß vielfach die Rückberufung nach Berlin von den Außenbeamten als eine Art Strafe angesehen werde. In der Frage der Wahlkonsuln neige er der Meinung zu, daß sie in manchen Ländern nicht zu entbehren seien. Eines beunruhige ihn als Reichsaußenminister: der geplante Durchbruch durch die Wilhelmstraße aus Verkehrsrücksichten Habe man, so fragt der Minister, überlegt, daß man damit zwei große Ministerien zerschlage? Wo solle er die dort beschäftigten Beamten unterbringen? Bezüglich der Neuschaffung von Sozialattachés betonte der Minister, daß auch gegenwärtig schon in den Berichten der Missionen die wirtschaftlichen und sozialen Fragen eine besondere und sehr ausführliche Rolle spielen und daß sich die Missionen mit diesen Fragen jetzt sehr intensiv beschäftigen. Die Grenzen zwischen Wirtschaft, Sozialpolitik und Politik seien natürlich durchaus flüssig und die Schaffung von Sozialattachés würde lediglich künstliche Trennungen auf einem Arbeitsgebiet bedingen, das sonst durchaus einheitlich wäre. Bei der Neueinstellung von Attachés ins Auswärtige Amt werde lediglich auf Vorbildung, Eignung und Tüchtigkeit, keinesfalls auf Zugehörigkeit zu irgendwelchen gesellschaftlichen Schichten gesehen.

Lichtsignale im Reichstag.

Berlin. Im großen Sitzungssaal des Reichstages ist jetzt eine interessante technische Neuerung angebracht Zu beiden Seiten des Rednerpultes befinden sich zwei Glühbirnen. Sie werden vom Präsidenten höchst eigenhändig zum Aufflammen gebracht und dienen dazu, den jeweiligen Redner darauf aufmerksam zu machen, daß seine Redezeit abgelaufen ist. Fünf Minuten vor Ablauf der Redezeit leuchten zwei gelbe Lichter auf und mahnen den Redner, sich nun möglichst kurz zu fassen, da er das Rednerpult bald verlassen muß. Ist die Redezeit endgültig aufgebraucht, so flammen zwei rote Lichter auf, die den Redner auffordern, nun aber endgültig seine Sachen zusammenzupacken und zu verschwinden. Man wollte mit der Einrichtung dieser Lichtsignale wohl den lärmenden Eingriff der Präsidentenglocke überflüssig machen. Das Publikum folgt mit lebhaftem Interesse den Lichtsignalen des Präsidenten. Die Neuerung ist zweifellos sehr interessant und gutgemeint. Sie hat aber nur den einen Fehler, daß die Redner sich nicht daran kehren, und daß der Präsident immer wieder zur Glocke greifen muß, um den Beschlüssen des Ältestenrates über die Einschränkung der Redezeit Geltung zu verschaffen.

Beleidigungsklage des Ministers Dr. Hirtsiefer.

Berlin. Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte begann der Prozeß gegen den früheren Hauptschriftleiter des Deutschen Tageblatts, Dr. Lippert, wegen Beleidigung des preußischen Wohlfahrtsministers Dr. Hirtsiefer. Der Prozeß mußte schon zweimal aus verschiedenen Anlässen vertagt werden. In dem von dem Angeklagten geleiteten Deutschen Tageblatt war mehrmals behauptet worden, daß sich der Minister bei seiner Reise nach Wien dort unwürdig aufgeführt habe und in betrunkenem Zustand auf einer Wiener Polizeiwache eingeliefert worden sei. Minister Dr. Hirtsiefer hat sich dem Verfahren als Nebenkläger angeschlossen. Außer Dr. Lippert hat sich noch ein Angeklagter namens Rudolph zu verantworten.

Großer Automobilschieberprozeß.

Berlin. Hier begann ein umfangreicher Prozeß gegen Hans von Lehn, der sich als Rennfahrer und Kaufmann bezeichnet, sowie gegen 17 weitere Angeklagte, mit denen zusammen von Lehn unter verschiedenen Deckfirmen, wie Osthandelssyndikat, Transmarina usw., ungefähr 80 Automobile verschoben und noch andere Kreditschwindeleien begangen hat. Von Lehn und seine Mitschuldigen erwarben die Wagen auf Grund einer kleinen Baranzahlung und gaben für den Rest der Kaufsumme Wechsel. Die Wagen wurden dann sofort zu Geld gemacht und die Wechsel nicht eingelöst.

Ablehnung der sozialistischen Abrüstungsanträge in Norwegen.

Oslo. Das Storthing hat mit allen gegen 33 Stimmen den Abrüstungsvorschlag der Arbeiterpartei abgelehnt, ebenso mit 106 gegen 39 Stimmen den weiteren Antrag der Arbeiterpartei, für den Verteidigungshaushalt eine Höchstgrenze von 25 Millionen Kronen jährlich festzusetzen.

Turnen, Spiel und Sport.

Handball: Vorrunde zur Ermittelung der besten Jugendmannschaft im 6. Bezirk. Schalksmühle T. V. 1. Jgd. — Schalksmühle 2. Jgd. (3:2). Es gelang der 1. Mannschaft über die 2. Mannschaft knapp die Oberhand zu behalten. Nunmehr wird der Entscheidungskampf mit Jahn Lüdenscheid die Schlußentscheidung bringen.

Kreisturntag des Kreis 8a. Der 14. Kreisturntag des Kreises 8a fand am vergangenen Sonntag in Dortmund statt, welcher von Dir. Professor Dr. Burgas eröffnet wurde. Die Berichte der einzelnen Kreiswarte wurden eingehend gebracht. Dem Kreiskassenwart wurde Entlastung erteilt. Zu Kassenprüfern wird Turngemeinde Witten bestimmt. Die Anstellung eines Wanderturnlehrers wurde abgelehnt, dafür aber ein Kreisfechtwart neu eingestellt. In Zukunft sollen an den hohen Festtagen jedwede turnerische und spielerische Veranstaltungen wie Karfreitag, Buß- u. Bettag, Totenfest, Reichstrauertag und an den ersten Feiertagen Weihnachten, Ostern und Pfingsten, unterbleiben. Die Steuern an den Kreis und an die D. T. wurde insgesamt um 10 Pfg. erhöht. Das im Juni d. J. in Dortmund stattfindende Kreisturnfest wurde von Regener Dortmund eingehend besprochen. Weiter wurde der Pflichtbezug der Deutschen Turnerzeitung für Westfalen und Lippe wieder eingeführt. Als Kreisausschußmitglieder gelten für die Folge: Kreisoberturnwart Regener-Dortmund, Kreisvolksturnwart Lück-Minden, Kreisfrauenturnwart Kemper-Lüdenscheid, Kreisjugendturnwart Mückerheim-Gladbeck, Kreisfechtwart Ellenbeck-Herford, Kreisspielwart Hahn-Bielefeld, Kreispressewart Ackermann-Hagen. Der Gauturntag des Märkischen Gaues findet in diesem Jahre am 27. Februar in Rummenohl statt. Am 5. und 6. Februar werden sich die Gau- und Kreisfachwarte des Kreises 8a in Schalksmühle zusammen finden.

Sp. **Drittes Berliner akademisches Hallenturn- und Sportfest.** Der Kreis 10 (Brandenburg) der Deutschen Studentenschaft veranstaltete in Berlin das 3. Akademische Hallenturn- und -sportfest, dessen Interesse durch einen akademischen Städtekampf Budapest—Berlin noch erhöht wurde. Im 60-Meter-Lauf siegte erwartungsgemäß Körnig-Breslau, während sich Schmidt-Berlin den 1000-Meter-Lauf sicherte. Im 400-Meter-Lauf wurde Storz-Halle überraschend von Wiese (B. S. C.) geschlagen. Den Städtekampf Budapest—Berlin entschied Berlin zu seinen Gunsten.

Sp. **Für das 100-Kilometer-Mannschaftsrennen** am kommenden Sonntag in der Dortmunder Westfalenhalle wurden neuerdings die Gebrüder L. und M. Bergamini (Italien), der Amerikaner John Bruskie sowie die Deutschen Hahn, Golle, Klaß und Göbel verpflichtet.

Sp. **Um die Eishockeymeisterschaft.** Bei den Eishockeyspielen um die Europameisterschaft in Wien standen sich Deutschland und die Tschechoslowakei gegenüber. Die deutsche Mannschaft siegte mit 2:1 (2:0).

Sp. **Thulin Thams,** der Olympiasieger im Skispringen, weihte die neuerrichtete Sprungschanze in Oslo mit einem glänzend gestandenen Sprung von 49,5 Meter Weite ein.

Arbeiter und Angestellte.

Bochum. (Kündigung des Manteltarifs im Bergbau?) Eine Revierkonferenz des Alten Bergarbeiterverbandes forderte die Verbandsleitung auf, den Manteltarif und das Überarbeitsabkommen im Ruhrbergbau zum 31. Januar 1927 zu kündigen. In einer Entschließung beauftragte die Konferenz die Verbandsleitung, für eine Kürzung der Arbeitszeit unter Tage auf sieben und über Tage auf acht Stunden einzutreten. Ferner forderte die Konferenz die Bergleute auf, jegliche Überarbeit sofort einzustellen.

München. (Protest gegen die Preissteigerung in Bayern.) Die Christlichen Gewerkschaften und der Deutsche Gewerkschaftsbund haben sich mit einer Eingabe an den Ministerpräsidenten Dr. Held wegen der fortgesetzten Preissteigerungen gewandt. Soweit der Regierung gesetzliche Mittel nicht zur Verfügung ständen, solle sie durch Verhandlungen auf die Wirtschaftsverbände einzuwirken versuchen. Weiter wird die Bereitstellung von Notstandsarbeiten gefordert.

Wien. (Starkes Ansteigen der Arbeitslosigkeit in Österreich) Die Gesamtzahl der unterstützten Arbeitslosen betrug in Österreich am 15. Januar mehr als 223 000. Wenn auch nicht gerade von einer Zuspitzung der Krise auf dem Arbeitsmarkte gesprochen werden kann, so hat sich doch jedenfalls die Hoffnung, daß in diesem Jahre die Arbeitslosigkeit geringer sein werde als im Vorjahre, als trügerisch erwiesen.

Aus dem Gerichtssaal.

§ **Berliner Sensationsprozesse im Februar.** Am 14. Februar beginnt der erste Prozeß in der Moabiter Aktenaffäre Dr. Ludwig Meyer, der ehemalige Anwalt, wird sich wegen Aktenbeseitigung, passiver Bestechung und anderer Delikte zu verantworten haben. — Am 11. Februar beginnt der Prozeß gegen den ehemaligen Landgerichtsdirektor Jürgens und dessen Ehefrau vor dem Schwurgericht beim Landgericht III, Berlin wegen Meineides und Betruges.

§ **Kutisker aus der Haft entlassen.** Die Erste Große Strafkammer des Landgerichts I, Berlin befaßte sich mit dem Antrage auf Haftentlassung von Iwan Kutisker. Dieser war im Untersuchungsgefängnis an Grippe erkrankt und hatte sich eine Bronchitis zugezogen. Nach dem ärztlichen Gutachten haben sich aus dieser Erkrankung Giftstoffe im Körper entwickelt, die auch das Herz in Mitleidenschaft gezogen haben. Es ist infolgedessen eine Herzwassersucht entstanden. Die Beschlußkammer schloß sich dem Gutachten an und verfügte die Haftentlassung Kutiskers.

§ **Wenn man einen fremden Bullen verkauft.** Vor der Rostocker Strafkammer als Berufungsinstanz hatte sich der Geheime Regierungsrat Professor Dr. Alexander Backhaus wegen unrechtmäßigen Verkaufs eines zugelaufenen Bullen zu verantworten. Backhaus ist Besitzer des Musterlehrgutes Vorder-Wollhagen in Mecklenburg. Vor einiger Zeit mischte sich unter die Rinderherde des Gutes ein fremder Bulle, der mit auf den Gutshof kam. Anstatt Anzeige von der Auffindung des fremden Tieres zu machen, behielt es der Geheimrat auf seinem Gut und ließ es nach einiger Zeit mit anderem Großvieh zusammen verkaufen. Geheimrat Backhaus wurde zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt.

§ **Ein Prozeß des preußischen Ministerpräsidenten.** Beim Amtsgericht Lichterfelde vor dem Erweiterten Schöffengericht fand der Beleidigungsprozeß des preußischen Ministerpräsidenten Braun gegen den verantwortlichen Redakteur der Tilsiter Zeitung, Wirth, und gegen den Herausgeber der in Berlin erscheinenden Deutschen Beiträge, Siebert, statt. In den Artikeln wurde die unwahre Behauptung ausgesprochen, Ministerpräsident Braun habe der Bauernschaft „Faulenzerei" vorgeworfen, er lasse sich in der vornehmsten Villengegend Berlins eine Villa bauen, deren Kosten gegen 100 000 Mark betrügen usw. Nach längerer Beratung wurde das Urteil dahin verkündet, daß der Angeklagte Wirth wegen Beleidigung in vier Fällen an Stelle einer verwirkten Gefängnisstrafe von zwei Monaten zu 3000 Mark Geldstrafe und der bisher nicht vorbestrafte Angeklagte Siebert wegen Beleidigung in zwei Fällen zu je 100 Mark, insgesamt 200 Mark Geldstrafe verurteilt werde.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Hauswirtschaftliches.

Viel hilft nicht immer viel, das weiß die erfahrene Hausfrau. Maggi's Würze setzt sie deshalb den Speisen beim Abschmecken nur tropfenweise zu und erzielt dann — zugleich sparsam wirtschaftend — eine geradezu überraschende Geschmacksverfeinerung Ein „Zuviel" würde naturgemäß den Geschmack beeinträchtigen. Jedenfalls darf die Würze selbst aus den Speisen nicht vorschmecken. Gerade in der hohen Würzekraft liegt ein Vorzug von Maggi's Würze.

Beachten Sie bitte die Kochanweisung,

die jedem Würfel von **MAGGIs Suppen** aufgedruckt ist. Sie ist zwar sehr einfach, aber natürlich nicht für jede der vielen Sorten die gleiche. Verfahren Sie nicht nach Gutdünken. **Nach Vorschrift gekocht, schmecken MAGGIs Suppen delikat.**

Akten Mappen
aus Rindleder schwarz und braun,
Tornister
Schüler-Etuis
Brieftaschen
Damen-Taschen
Einkaufs-Beutel
Scheintaschen etc.
liefert preiswert
Wilh. Bell jr., Halver.

Für Geflügelhalter!
Empfehle und halte auf Lager vorrätig:
Muskator-Geflügelfutter
Muskator-Legefutter
Geflügel-Gerste
Geflügel-Weizen
Geflügel-Mais
Körnermischfutter
Geflügel-Weichfutter
Fischmehl
Hanfsamen
C. Zimmermann, Ohl-Rönsahl
Tel. 11, Amt Rönsahl.

Sitzung der Gemeindevertretung Hülscheid
ist anberaumt auf **Freitag, d. 28. Januar 1927,** nachm. 3 Uhr in **Heedfeld** (Spelsberg).
Wegebauprojekt Lüdenscheid-Heedfeld-Rummenhohl, Berufsschulortssatzung, Grundstücksangebote, Baudarlehensanträge, Finanzübersicht.
Der Amtmann.

Ziegenzucht-Verein Kierspe.
General-Versammlung
am **Sonntag, 30. Jan. 1927** nachm. 4½ Uhr bei Benninghaus.
Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.
Der Vorstand.

Vaterl. Frauenverein Halver.
Freitag, d. 28. Jan. nachm. 4 Uhr im **Hause zur Fuhr**
Mitglieder-Versammlung
Tagesordnung:
1. Jahresbericht.
2. Kassenbericht.
3. Verschiedenes.
Der Hauptvorstand.

Häckselmaschinen
für Hand- u. Kraftbetrieb mit den gesetzlichen Schutzvorrichtungen liefert sofort billigst von hier
Rich. Höngen, Kamscheid.

Am Donnerstag nachmittag, d. 27. Jan. erhalte ich

Kühe
Hugo Kerspe, Halver Tel. 52.

Solinger Stahlwaren
Haarschneidemaschinen,
Rasier-Messer,
Rasierapparate,
Reserveklingen
empfiehlt
Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Vereinigte Turn- u. Spielvereine Halver e. V.
Samstag, den 29. d. M. abends 7 Uhr im Festlokale der **Karlshöhe**
Winterfest
bestehend aus
turnerischen und theatralischen Aufführungen etc.
Unsere Ehren- und passiven Mitglieder sind herzl. eingeladen.
Der Vorstand.
Eintrittspreise: Nichtmitglieder zahlen zum Konzert 80 Pfg., Ball 2 Mk. Konzert und Ball 2 Mk.
— Kassenöffnung 6,30 Uhr. —

Westf. Bauernverein Kierspe.
Sprechtag
findet **nicht** am Donnerstag, 27. Jan. sondern am **Donnerstag, den 3. Februar** von 10½ bis 5 Uhr nachm. im **Gasthof Cramer, Kierspe-Bf.** statt.

Kaninchenzuchtverein Oberbrügge.
Am **Samstag 29. 1.** abds. 8 Uhr b. H. Fenge
Kommissions-Sitzung

Nasan
gegen
Schnupfen
empfiehlt
Drogerie C. Baukloh, Kierspe-Bhf.

Metallbetten
Stahlmatratzen, Kinderb günst. an Priv. Kat. 2496 fr.
Eisenmöbelfabr. Suhl (Thür.

Voll-fett Käse
9 Pfd. Laib 8.20 M. franko direkt v. Dampfkäsefabrik
Klünder & Co. Nortorf

Milchversandscheine
mit und ohne Namenaufdruck
liefert schnell und billig
die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Inserieren bringt Gewinn!

Tabak
Fr. Herm. Bohmer, Schalksmühe i. W.